



# Konjunktur aktuell

1/2019

7. März 2019, 7. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH **S. 02**

## Deutsche Konjunktur nimmt nur langsam wieder Fahrt auf

Im Winterhalbjahr 2018/2019 ist die Weltwirtschaft vor allem aufgrund wirtschaftspolitischer Risiken in eine Schwächephase geraten. In Deutschland nimmt die Konjunktur nur langsam wieder Fahrt auf; das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2019 nur um 0,5% zunehmen. Der Produktionszuwachs in Ostdeutschland dürfte in diesem Jahr auf 0,7% und damit etwas weniger stark zurückgehen als in Gesamtdeutschland.

# Konjunktur aktuell: Deutsche Konjunktur nimmt nur langsam wieder Fahrt auf

Arbeitskreis Konjunktur des IWH\*

## Zusammenfassung

Im Winterhalbjahr 2018/2019 hat sich die Weltkonjunktur deutlich abgekühlt. Allerdings divergiert die Lage zwischen den Regionen erheblich: Der Aufschwung in den USA hat nur wenig an Fahrt verloren, im Euroraum ist er dagegen zum Erliegen gekommen. Auch in China ist die Wirtschaft ins Stocken geraten. Ein wichtiger Grund für die weltwirtschaftliche Schwächephase dürfte in der Unsicherheit darüber liegen, welche Wendung die Streitigkeiten der US-Regierung mit China und der Europäischen Union nehmen. Zudem sind alle Fragen um den Brexit weiterhin offen.

In Deutschland hat die gesamtwirtschaftliche Produktion im Schlussquartal 2018 stagniert, nach einem Rückgang um 0,2% im Quartal zuvor. Zur Produktionsschwäche trugen mit dem neuen Abgas-Prüfverfahren für Automobile und dem niedrigen Rheinwasser zwei Sondereffekte bei. Mehr ins Gewicht fällt, dass sich die Auslandsnachfrage, vor allem aus den EU-Partnerländern, verlangsamt hat. Die Unternehmen bauen dennoch weiter Beschäftigung auf. Offensichtlich wird die gegenwärtige Schwächephase vielfach als vorübergehend eingeschätzt. Die Folge ist allerdings ein deutlicher Anstieg der Lohnstückkosten. Auch für das erste Halbjahr 2019 ist wenig mehr als Stagnation zu erwarten. Dennoch dürfte der private Konsum robust expandieren, nicht zuletzt wegen steigender Reallöhne. Zudem stützen die niedrigen Zinsen und eine expansive Finanzpolitik. Das reale Bruttoinlandsprodukt liegt nach vorliegender Prognose im Jahr 2019 um 0,5% höher als im Vorjahr, im Jahr 2020 steigt die Rate auch wegen der höheren Arbeitstagezahl auf 2,0%. Die ostdeutsche Wirtschaft expandiert in diesem Jahr um 0,7% und im Jahr 2020 um 1,7%.

### Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2017 bis 2020

	2017	2018	2019	2020
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	2,2	1,4	0,5	2,0
darunter: Ostdeutschland <sup>a</sup>	1,9	1,4	0,7	1,7
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	1,3	1,4	0,9	0,9
Tarifföhne je Stunde	2,5	2,9	2,6	2,1
Effektivlöhne je Stunde	2,4	2,7	2,9	3,0
Lohnstückkosten <sup>b</sup>	1,5	2,6	3,5	1,8
Verbraucherpreisindex	1,5	1,8	1,4	1,5
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	44 269	44 838	45 251	45 609
Arbeitslose <sup>c</sup>	2 533	2 340	2 188	2 044
in %				
Arbeitslosenquote <sup>d</sup>	5,7	5,2	4,8	4,5
darunter: Ostdeutschland <sup>a</sup>	7,6	6,9	6,4	6,3
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	1,0	1,7	1,0	0,9
Leistungsbilanzsaldo	8,0	7,4	6,5	6,4

<sup>a</sup> Ostdeutschland einschließlich Berlin. – <sup>b</sup> Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – <sup>c</sup> Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). –

<sup>d</sup> Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2019: Prognose des IWH (Stand: 07.03.2019).

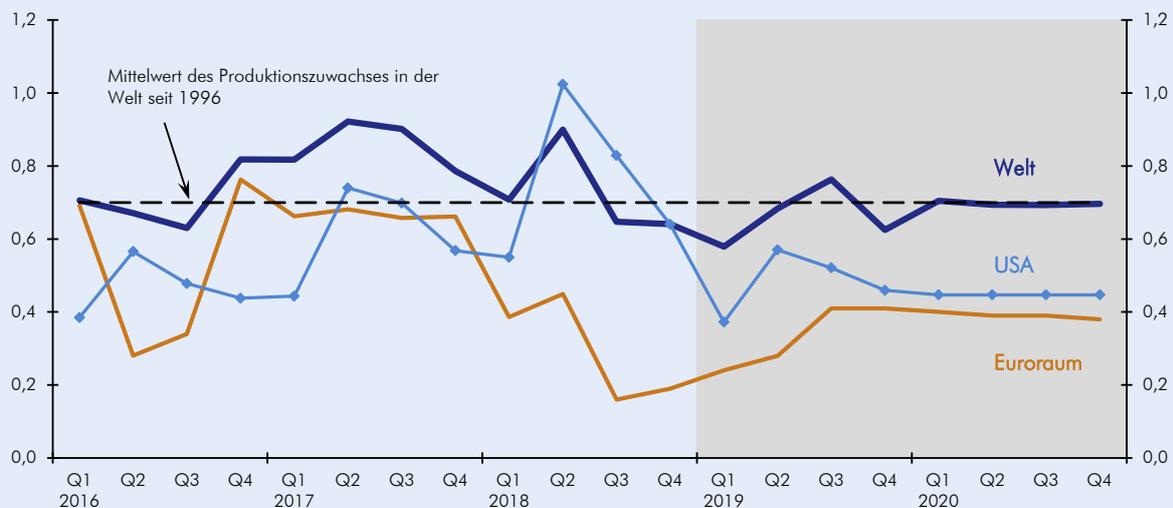
\* Brautzsch, Hans-Ulrich; Claudio, João Carlos; Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Lindner, Axel; Müller, Isabella; Schultz, Birgit; Staffa, Ruben; Wieschemeyer, Matthias; Zeddies, Götz.

## Schwächelnde Weltwirtschaft

Im Winterhalbjahr 2018/2019 ist die Weltwirtschaft in eine Schwächephase geraten. Schon seit Anfang 2018 verliert das Verarbeitende Gewerbe in den meisten Regionen an Dynamik, und in den beiden letzten Monaten des Jahres 2018 sind Industrieproduktion und Warenhandel in der Welt sogar gesunken. Der globale Einkaufsmanagerindex (Markit) und der Frühindikator der OECD gehen schon seit fast einem Jahr zurück und befinden sich mittlerweile knapp unterhalb ihres langjährigen Mittels. Die schwächere Konjunktur schlägt sich auch in gegenüber dem Vorjahr niedrigeren Preisen für Industrierohstoffe nieder. Allerdings divergiert die Lage zwischen den großen Regionen erheblich: Der Aufschwung in den USA hat zuletzt nur wenig an Fahrt verloren (vgl. Abbildung 1). Trotz der teilweisen Haushaltssperre (Government Shutdown) um die Jahreswende expandierte die Produktion im Schlussquartal 2018 mit aufs Jahr hochgerechneten 2,6% und damit wohl etwas rascher als das Produktionspotenzial. Der Aufschwung im Euroraum ist dagegen im Lauf des Jahres 2018 zum Erliegen gekommen. Im zweiten Halbjahr hat hier die Produktion aufs Jahr hochgerechnet nur um 0,8% zugelegt, im Verarbeitenden Gewerbe ist sie in der Tendenz seit nunmehr einem Jahr rückläufig. Auch für China gab es schon länger Anzeichen dafür, dass die Wirtschaft ins Stocken kommt: Das Wachstum der Geldmengenaggregate hat sich das ganze Jahr 2018 über abgeschwächt, und im zweiten Halbjahr war (für China sehr ungewöhnlich) der Absatz von Personenkraftwagen rückläufig. Produktion und Außenhandel blieben lange recht robust, am Jahresende sind die Importe allerdings preis- und saisonbereinigt deutlich zurückgegangen. In Japan sind schließlich Außenhandel und Industrieproduktion seit November rückläufig.

**Abbildung 1**  
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums

Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IMF; Eurostat; nationale Statistikämter; 2019 und 2020: Schätzung und Prognose des IWH.

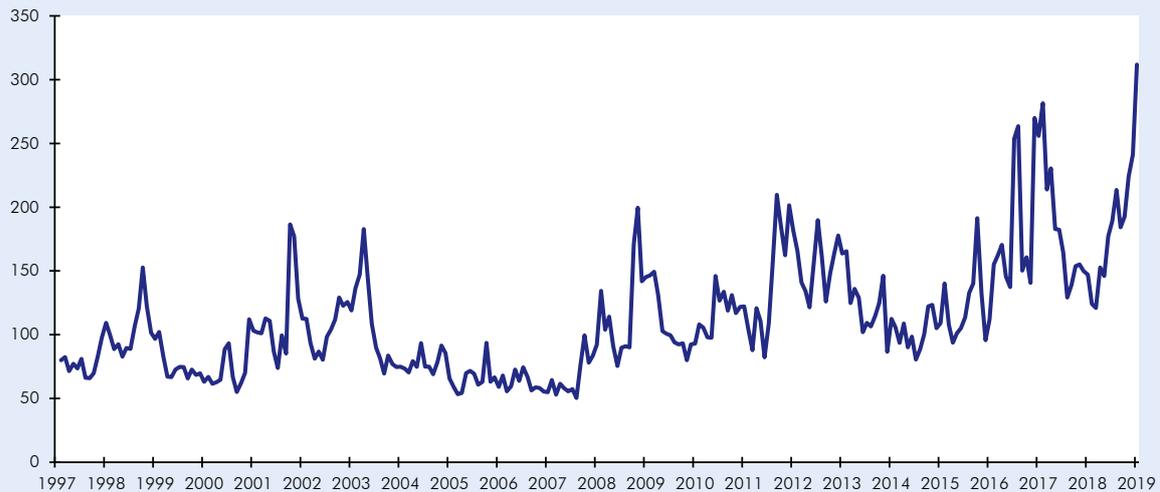
Ursachen für die konjunkturelle Abschwächung liegen zum Teil wohl auf der Angebotsseite: Die weltwirtschaftliche Expansion war bis zum Frühjahr 2018 ausgesprochen kräftig, und Umfragen besagen, dass der Auslastungsgrad im Verarbeitenden Gewerbe vielfach, etwa im Euroraum, auch zu Beginn dieses Jahres noch ausgesprochen hoch ist. Der wichtigere Grund für die Schwächephase dürfte aber in den hohen wirtschaftspolitischen Risiken liegen. Dass in vielen Ländern gegenwärtig eine besonders hohe Unsicherheit über wirtschaftspolitische Entwicklungen herrscht, legen statistische Auswertungen von Zeitungsartikeln nahe (Abbildung 2). Unsicher ist vor allem, welche Wendung die Streitigkeiten der US-Regierung mit China und mit der Europäischen Union nehmen werden. Die Ankündigung des US-Präsidenten, die für den 1. März angeordneten Erhöhungen von Zöllen auf chinesische Waren auf unbestimmte Zeit zu verschieben, verhindert zwar eine Eskalation, lässt die Unsicherheit aber weiter bestehen. Eine Vielzahl von Ausgabenentscheidungen wird gegenwärtig wohl nicht getroffen, weil die außenwirtschaftlichen Rahmendaten nicht verlässlich

sind. Das gilt im Besonderen für die beiden Wirtschaftsräume, die zurzeit im Fokus der US-Handelspolitik stehen: China und die Europäische Union.

In Europa ist die wirtschaftspolitische Unsicherheit aber noch aus anderen Gründen besonders hoch: Zum einen sind alle Fragen um den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union nach wie vor völlig offen. Zudem besteht seit Sommer vergangenen Jahres das Risiko, dass die italienische Regierung mit ihren finanzpolitischen Plänen dem Land den Zugang zu den Kapitalmärkten erschwert. Schließlich ist unklar, inwieweit der in Frankreich verfolgte Reformkurs im Lande durchsetzbar ist. Der Gelbwesten-Protest seit November hat die Widerstände in der Gesellschaft aufgedeckt.

**Abbildung 2**

Indikator<sup>1</sup> für die globale Unsicherheit bezüglich wirtschaftspolitischer Entwicklungen



<sup>1</sup> Der globale Indikator ergibt sich als BIP-gewichteter Durchschnitt aus nationalen Indikatoren. Die Indikatoren messen die Häufigkeit, mit der in Zeitungsartikeln die Trias "Wirtschaft", "Politik" und "Unsicherheit" erscheint. (Zur Methodik siehe auch: Baker, S. R.; Bloom, N.; Davis, S. J. (2015): Measuring economic policy uncertainty, NBER Working Paper No. 21633.)

Quellen: Online-Zugriff am 26.2.2019 auf: <http://www.policyuncertainty.com/index.html>.

Allerdings sind wichtige Indikatoren für die Konjunktur im Euroraum nach wie vor positiv. So expandierte die Beschäftigung trotz schwacher Zunahme der Produktion auch im zweiten Halbjahr 2018 recht kräftig (gegenüber Vorjahreszeitraum um 1,3%), und die Arbeitslosigkeit ist bis zuletzt (wenn auch verlangsamt) gesunken, während die Löhne mit einer Jahresrate von etwa 2½% beschleunigt zulegten. Die Verbraucherpreise steigen mit etwa 1,5% deutlich langsamer. Ohne die volatilen Komponenten Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel liegt die Inflationsrate seit bald zwei Jahren nur bei etwas über 1%. Ähnliches gilt für die meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften: Auch in den USA und in Japan hat die Beschäftigung bis zuletzt recht deutlich zugenommen, und die Löhne steigen beschleunigt, während die Inflation verhalten bleibt.

Das ruhige Preisklima, die Verschlechterung des außenwirtschaftlichen Umfelds, und wohl auch erhöhte Nervosität und deutliche Kursverluste an den US-Aktienmärkten im Dezember haben die amerikanische Notenbank zu einem Kurswechsel veranlasst: Der Zentralbankrat hat in seiner Erklärung Ende Januar für die nächste Zeit keine weiteren Zinserhöhungen mehr in Aussicht gestellt. Der Politikwechsel hat spürbare Effekte auf die Finanzmärkte in den USA, aber auch darüber hinaus: Nicht zuletzt weil er von den Finanzmärkten so erwartet war, sind die langfristigen Zinsen in den USA, aber auch weltweit im Winterhalbjahr deutlich gesunken. Davon profitieren Schwellenländer mit hohem Bedarf an internationalen Kapitalzuflüssen (etwa Brasilien) in besonderem Maß.

Aufgrund der Verschlechterung der Konjunktur wird auch die Europäische Zentralbank (EZB) bis auf weiteres von Leitzinserhöhungen absehen. Stattdessen ist damit zu rechnen, dass sie den Banken für den Zeitraum nach Auslaufen der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte im Jahr 2020 schon in diesem Frühjahr attraktive Anschlussfinanzierungen in Aussicht stellt. Damit dürften die Kreditzinsen im Euroraum ausgesprochen günstig bleiben. Die chinesische Zentralbank hat auf die konjunkturelle Eintrübung schon zur Jahreswende

reagiert, unter anderem mit einer Absenkung des Mindestreservesatzes für Banken. Zudem soll die chinesische Konjunktur mittels Steuersenkungsmaßnahmen gestützt werden. Von der Finanzpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften gehen dagegen im Jahr 2019 deutlich weniger expansive Impulse aus als im Jahr 2018, denn der große Impuls vonseiten der US-Steuerreform läuft aus. Zudem ist in Japan für den Herbst eine Mehrwertsteuererhöhung geplant. In den größeren Ländern des Euroraums ist die Finanzpolitik dagegen spürbar expansiv ausgerichtet.

Auch wenn niedrige Zinsen und finanzpolitische Impulse stützen, zeigen Frühindikatoren, dass die Konjunktur im Euroraum in der ersten Jahreshälfte 2019 schwach bleiben wird. Mit belebenden Impulsen aus dem Ausland ist für Mitte des Jahres zu rechnen, denn dann dürften die wirtschaftspolitischen Programme in China ihre Wirkung entfalten. In den USA geht der Aufschwung zwar zu Ende, die gesamtwirtschaftliche Expansion dürfte aber ungefähr dem dortigen Potenzialwachstum entsprechen. Alles in allem dürfte die Weltproduktion im Jahr 2018 um 3,2% expandiert haben, nach vorliegender Prognose wird sie im Jahr 2019 um 2,8% und im Jahr 2020 um 2,9% zulegen (vgl. Tabelle A1).<sup>1</sup> Der Welthandel mit Gütern nimmt im Jahr 2018 mit 3,3% und im Jahr 2019 mit 2,9% in etwa gleichem Tempo zu. Diese Prognose gilt unter der Annahme, dass sich oben genannte Risiken nicht realisieren. Käme es im Jahr 2019 zu einem Brexit ohne begleitenden Austrittsvertrag, oder sollte es zu den angedrohten deutlichen Zollerhöhungen der USA auf EU-Waren kommen, wäre eine Rezession im Euroraum wahrscheinlich.<sup>2</sup>

### Kasten 1

#### Annahmen und Prognosen bezüglich der Rahmenbedingungen

Der vorliegenden Prognose liegen folgende Annahmen und Prognosen zugrunde: Der Preis für Öl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2019 bei 66 und im Jahr 2020 bei 73 US-Dollar pro Barrel.<sup>K1</sup> Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis Ende des Jahres 2020 bei 1,14 Dollar pro Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist im Prognosezeitraum ungefähr so hoch wie im Schnitt des Jahres 2018. Auch gegenüber dem übrigen Euroraum bleibt sie in etwa konstant. Der Welthandel (Waren) wird im Jahr 2019 mit 2,9% und im Jahr 2020 mit 3,4% zunehmen, nach 3,3% im Jahr 2018. Die EZB erhöht ihren Hauptrefinanzierungssatz in der zweiten Hälfte 2020 auf 0,25%. Die monetären Rahmenbedingungen bleiben für die deutsche Wirtschaft den gesamten Prognosezeitraum über günstig.

Die Finanzpolitik schwenkt im laufenden Jahr auf einen expansiveren Kurs ein. Impulse liefern vor allem die Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag vom Februar 2018. Auf der staatlichen Einnahmeseite wirken die Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags sowie eine neuerliche Verschiebung der Tarifeckwerte bei der Einkommensteuer ebenso entlastend wie die Ausweitung der Gleitzone im Midijobbereich. Bei den Sozialbeiträgen wurde der Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2019 um durchschnittlich 0,1 Prozentpunkt verringert, und der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wurde um 0,5 Prozentpunkte gesenkt. Dem steht jedoch die Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte zur Finanzierung diverser Maßnahmen im Pflegebereich gegenüber.

<sup>K1</sup> Die Setzungen für den Ölpreis ergeben sich aus der Prognose seiner nachfrageseitigen Determinanten. Vgl. zur Methodik ‚Zur Endogenisierung des Ölpreises in der vorliegenden Prognose‘ *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Robuste Binnenkonjunktur kompensiert schwächere Exportdynamik*, in: *IWH, Konjunktur aktuell*, Jg. 3 (5), 2015, 188-189.

<sup>1</sup> Die Rate bezieht sich auf den auch von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose betrachteten Länderkreis (mit Peru anstelle von Venezuela), wobei die Zuwachsraten mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2017 auf der Basis von Marktwechsellkursen gewichtet wurden.

<sup>2</sup> Zu den möglichen Folgen eines ungeordneten Brexit für den Arbeitsmarkt siehe *Brautzsch, H.-U.; Holtemöller, O.: Potential International Employment Effects of a Hard Brexit. IWH Discussion Paper 4/2019. Halle (Saale) 2019.*

Darüber hinaus wurden auf der Ausgabeseite diverse monetäre Sozialleistungen ausgeweitet. Staatliche Mehrausgaben resultieren insbesondere aus der Aufstockung der Mütterrente, aber auch aus der rückwirkenden Einführung eines Baukindergeldes und aus Änderungen beim BAföG. Zum 1. Juli 2019 wird zudem das Kindergeld deutlich angehoben. Deutlich aufgestockt werden auch die staatlichen Ausgaben für Verteidigung und Entwicklungshilfe, den Pflegebereich sowie für neue Stellen in den Bereichen Sicherheit und Justiz. Schließlich laufen im Jahr 2019 diverse investive Maßnahmen, wie etwa der Digital-Pakt Schule oder der Breitbandausbau, allmählich an (vgl. Tabelle Online-A14). Alles in allem beläuft sich der Impuls aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen im Jahr 2019 auf 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2020 schwächt sich der Expansionsgrad der Finanzpolitik deutlich ab. Zusätzliche Impulse resultieren insbesondere aus einer abermaligen Verschiebung der Eckwerte beim Einkommensteuertarif und einer weiteren Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags. Auch das weitere Anlaufen der investiven Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag führt im kommenden Jahr zu staatlichen Mehrausgaben. Alles in allem beläuft sich der finanzpolitische Impuls im Jahr 2020 auf 0,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

## Deutsche Wirtschaft stagniert vorübergehend

In Deutschland nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2018 um 1,4% zu (vgl. Tabelle 1). Allerdings hat sie in den letzten drei Monaten des Jahres lediglich stagniert, nach einem Rückgang um 0,2% im Quartal zuvor.

**Tabelle 1**

Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts<sup>a</sup>

in Prozentpunkten

	2017	2018	2019	2020
Konsumausgaben	1,2	0,7	1,0	1,4
private Konsumausgaben	0,9	0,5	0,6	1,1
Konsumausgaben des Staates	0,3	0,2	0,4	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	0,6	0,5	0,5	0,6
Ausrüstungen	0,2	0,3	0,1	0,2
Bauten	0,3	0,2	0,3	0,3
sonstige Anlagen	0,1	0,0	0,1	0,1
Vorratsveränderung	0,1	0,6	0,0	0,0
inländische Verwendung	1,9	1,8	1,4	2,1
Außenbeitrag	0,3	-0,4	-0,9	0,0
Exporte	2,1	0,9	0,9	2,0
Importe	-1,8	-1,3	-1,8	-2,0
Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,4	0,5	2,0

<sup>a</sup> Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2019 und 2020: Prognose des IWH.

Zu der schwachen Entwicklung im zweiten Halbjahr 2018 haben zwei Sondereffekte beigetragen: Für das ab September 2018 in vielen Ländern eingeführte Abgas-Prüfverfahren hatten deutsche Autoproduzenten einen Teil ihrer Angebotspalette nicht rechtzeitig zertifiziert. Ein erheblicher Teil der produzierten Fahrzeuge konnte nicht verkauft werden, was sich gesamtwirtschaftlich in einem beträchtlichen Lageraufbau im dritten Quartal niederschlug. Aber auch die Produktion von Autos musste erheblich reduziert werden. Erst im Dezember haben Produktion und Exporte von Kraftfahrzeugen wieder deutlich zugelegt. Zudem haben von August bis Anfang Dezember Transportprobleme wegen des niedrigen Wasserstands des Rheins die Produktion vor allem in der westdeutschen Chemieindustrie beeinträchtigt. Beide Effekte zusammen dürften die Wertschöpfung im dritten Quartal um etwa einen halben Prozentpunkt reduziert haben, sie erklären die erhebliche Abschwächung der Konjunktur also nur zum Teil. Wichtiger ist, dass sich die im Jahr 2017 noch sehr kräftige Auslandsnachfrage, vor allem aus den EU-Partnerländern, schon bald nach dem Jahreswechsel

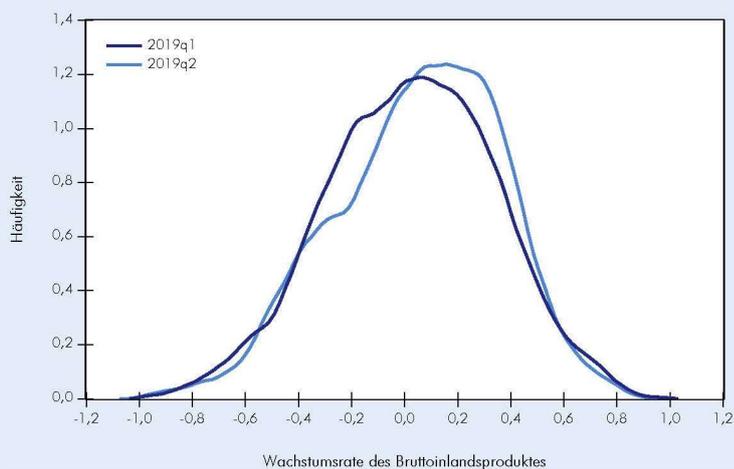
2017/2018 deutlich verlangsamt hat. Die Stimmung in den Unternehmen, wie sie etwa das ifo Geschäftsklima misst, kühlt seit dieser Zeit ab, und die Investitionen in Ausrüstungen werden nicht mehr so stark ausgeweitet. Dagegen hält die starke Baukonjunktur weiter an. Im vierten Quartal lagen die Wohnungsbauinvestitionen um 4,1% höher als ein Jahr zuvor, die gesamten Bauinvestitionen um 3,7%. Nominal übertrafen die Bauinvestitionen ihr Vorjahresniveau sogar um 9,1%. Über die Hälfte der nominalen Nachfrageexpansion schlug sich hier also in höheren Preisen statt in mehr Produktion nieder. Am Bau, aber auch in einigen anderen Wirtschaftszweigen, wird nahe an den Kapazitätsgrenzen gearbeitet, was ein weiterer wichtiger Grund für die Abnahme der Produktionszuwächse ist.

Gründe für die starke Baukonjunktur sind neben den sehr günstigen Finanzierungsbedingungen und der deutlichen Bevölkerungszunahme die recht kräftige Expansion der Einkommen. So stiegen die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten im Jahr 2018 um 3,2% und damit deutlich schneller als die Verbraucherpreise (1,8%), und weil auch die Beschäftigung kräftig expandierte, nahm die Summe der Löhne und Gehälter gar um 4,8% zu. Gemessen an der deutlichen Zunahme der verfügbaren Einkommen insgesamt (um 3,3%) und auch an dem in Umfragen gemessenen hohen Konsumentenvertrauen ist die Dynamik des privaten Konsums schon seit Mitte 2017 nur mäßig. Der Dieselskandal und zuletzt die Zertifizierungsprobleme der Automobilindustrie dürften den privaten Konsum gedämpft haben.

Bemerkenswert ist, dass der Beschäftigungsaufbau im zweiten Halbjahr 2018 auch im Verarbeitenden Gewerbe ungeachtet des dortigen Produktionsrückgangs angehalten hat. Gesamtwirtschaftlich nahm die Zahl der Erwerbstätigen im vierten Quartal 2018 um 110 000 Personen bzw. 0,2% gegenüber dem Vorquartal zu. Getragen wurde der Beschäftigungsaufbau erneut von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Viele Unternehmen schätzen die gegenwärtige Schwächephase offensichtlich als vorübergehend ein, den Mangel an Fachkräften dagegen als langfristiges Problem, dem durch stetigen Personalaufbau zu begegnen ist. Die Folge ist allerdings ein gesamtwirtschaftlicher Anstieg der Lohnstückkosten, der im zweiten Halbjahr 2018 mit 3% gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich höher ausfiel als der gesamtwirtschaftliche Preisanstieg um 1,9% (gemessen am Deflator für das Bruttoinlandsprodukt). Die hohe Divergenz zwischen dem Anstieg der Lohnstückkosten und dem der Preise wird sich auf Dauer so nicht fortsetzen, denn sie bedeutet für die Unternehmen einen Rückgang ihrer Rentabilität. Dass ein deutliches Anziehen des Absatzes die Lohnstückkosten wieder drückt, damit ist allerdings für die nächste Zeit nicht zu rechnen. So deutet der IWH-Flash-Indikator auf wenig mehr als Stagnation im ersten Halbjahr 2019 (vgl. Abbildung 3). Für eine weiter schwache Nachfrageentwicklung sprechen auch die Verunsicherung aufgrund der Brexit-Risiken und der Handelskonflikte sowie die jüngsten sehr schwachen Konjunkturdaten aus Asien. Die Exporte dürften deshalb im Jahr 2019 nur verhalten expandieren. In diesem Umfeld werden die Unternehmen ihre Investitionen nur moderat und die Beschäftigung deutlich schwächer ausweiten als im Jahr 2018. Trotzdem kommt der Beschäftigungsaufbau wohl nicht zum Erliegen, denn er vollzieht sich zum Großteil in Wirtschaftszweigen wie den öffentlichen Dienstleistern, die nicht direkt von Nachfrageschwankungen betroffen sind. Auch werden die Reallöhne weiter spürbar zunehmen. Der private Konsum dürfte deshalb robust expandieren.

**Abbildung 3**  
Einzelindikatorprognosen für das erste Halbjahr 2019

Verteilung nach Wachstumsraten



Quellen: Statistisches Bundesamt; IWH-Flash-Indikator vom 19.02.2019.

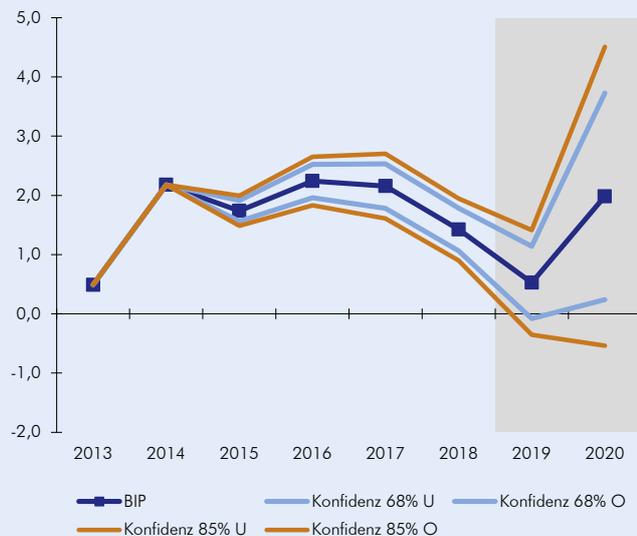
stückkosten wieder drückt, damit ist allerdings für die nächste Zeit nicht zu rechnen. So deutet der IWH-Flash-Indikator auf wenig mehr als Stagnation im ersten Halbjahr 2019 (vgl. Abbildung 3). Für eine weiter schwache Nachfrageentwicklung sprechen auch die Verunsicherung aufgrund der Brexit-Risiken und der Handelskonflikte sowie die jüngsten sehr schwachen Konjunkturdaten aus Asien. Die Exporte dürften deshalb im Jahr 2019 nur verhalten expandieren. In diesem Umfeld werden die Unternehmen ihre Investitionen nur moderat und die Beschäftigung deutlich schwächer ausweiten als im Jahr 2018. Trotzdem kommt der Beschäftigungsaufbau wohl nicht zum Erliegen, denn er vollzieht sich zum Großteil in Wirtschaftszweigen wie den öffentlichen Dienstleistern, die nicht direkt von Nachfrageschwankungen betroffen sind. Auch werden die Reallöhne weiter spürbar zunehmen. Der private Konsum dürfte deshalb robust expandieren.

Der private Konsum dürfte deshalb robust expandieren.

Zudem stützt die Wirtschaftspolitik (vgl. Kasten 1). So wird die EZB im Jahr 2019 ihren Refinanzierungssatz bei null belassen. Entsprechend ist zu erwarten, dass die Finanzierungsbedingungen günstig bleiben. Auch schwenkt die Finanzpolitik auf einen expansiven Kurs ein: Die diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen belaufen sich im Jahr 2019 auf 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Aus diesen Gründen ist zu erwarten, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion in der zweiten Jahreshälfte 2019 etwas rascher als das Produktionspotenzial expandiert (vgl. Kasten 2). Alles in allem steigt nach vorliegender Prognose das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2019 um 0,5% (vgl. Abbildung K2 und Tabelle K2 in Kasten 2). Im Jahr 2020 dürfte der Zuwachs bei 2,0% liegen. Bereinigt um die Mehrzahl an Arbeitstagen, die kalenderbedingt 2020 anfallen, ergibt sich eine Rate von 1,6%. Für das Jahr 2019 reicht das 68%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von -0,1% bis 1,1%, für das Jahr 2020 von 0,2% bis 3,7%. (vgl. Abbildung 4)<sup>3</sup>.

**Abbildung 4**  
Prognoseunsicherheit<sup>1</sup>

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



<sup>1</sup> Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

### Kasten 2:

#### Zur Schätzung des Produktionspotenzials

Das IWH wendet zur Bestimmung des Produktionspotenzials die Methode an, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Auf Basis der Schätzung des potenziellen Arbeitsvolumens, des Kapitalstocks und des trendmäßigen Verlaufs der Produktivität ergibt sich für den Zeitraum 2019 bis 2023 ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 1,4% (vgl. Tabelle K2).

Die jährliche Zuwachsrates des potenziellen Arbeitsvolumens wird im Laufe des Projektionszeitraums von 0,9% im Jahr 2018 auf -0,1% im Jahr 2023 spürbar zurückgehen. Dieser Schätzung liegen im Einzelnen folgende Projektionen zu Grunde: Unter der Annahme einer abgeschwächten Fluchtmigration und einer sich bis 2020 weiter abschwächenden sonstigen Zuwanderung wird von einer Verringerung des Wanderungssaldos von 350 000 Personen im Jahr 2018 auf 225 000 Personen im Jahr 2020 ausgegangen. Für die Jahre 2021 bis 2023 wird ein jährlicher Saldo von 200 000 Personen angenommen. Trotz eines durchgängig positiven Wanderungssaldos wird sich aufgrund des allgemeinen demographischen Wandels ein Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-74 Jahre) um gut 100 000 Personen auf 62,1 Mio. im Jahr 2023 einstellen. Die trendmäßige Partizipationsquote wird vor dem Hintergrund einer nach wie vor zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Älteren und von Frauen sowie einer

<sup>3</sup> Das 68%-Prognoseintervall überlagert die tatsächliche Wachstumsrate mit einer Wahrscheinlichkeit von 68% – sofern das Basisszenario zutreffend ist. Zur Berechnung werden die Prognosefehler für den Zuwachs des IWH aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h., die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben. Darüber hinaus dürfte das Bruttoinlandsprodukt für die Vergangenheit ebenso in den kommenden Jahren revidiert werden, wie Abbildung Prognoseintervall für die Jahre 2015-2018 zeigt. Zur Methode des Backcasting, vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Binnenwirtschaft trägt Konjunktur in Deutschland in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 20 (1), 2014, 18-19.*

steigenden Erwerbsbeteiligung von Geflüchteten von 74,3% im Jahr 2018 auf 75,6% im Jahr 2023 ansteigen. Ausgehend von einer anhaltend guten Arbeitsmarktlage wird die strukturelle Erwerbslosenquote im Jahr 2023 mit 3,3% nur geringfügig höher liegen als im Jahr 2019 (3,1%).

**Tabelle K2:****Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode**Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent<sup>a</sup>

	1995-2018 <sup>b</sup>		1995-2018		2018-2023	
Produktionspotenzial	1,4		1,4		1,4	
Kapitalstock	1,6	(0,6)	1,6	(0,6)	1,3	(0,5)
Totale Faktorproduktivität	0,7	(0,7)	0,7	(0,7)	0,7	(0,7)
Arbeitsvolumen	0,2	(0,1)	0,2	(0,1)	0,3	(0,2)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0		0,0		0,0	
Partizipationsquote	0,6		0,5		0,4	
Erwerbsquote	0,2		0,2		0,1	
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,5		-0,5		0,0	
<i>Nachrichtlich:</i>						
Arbeitsproduktivität	1,2		1,2		1,0	

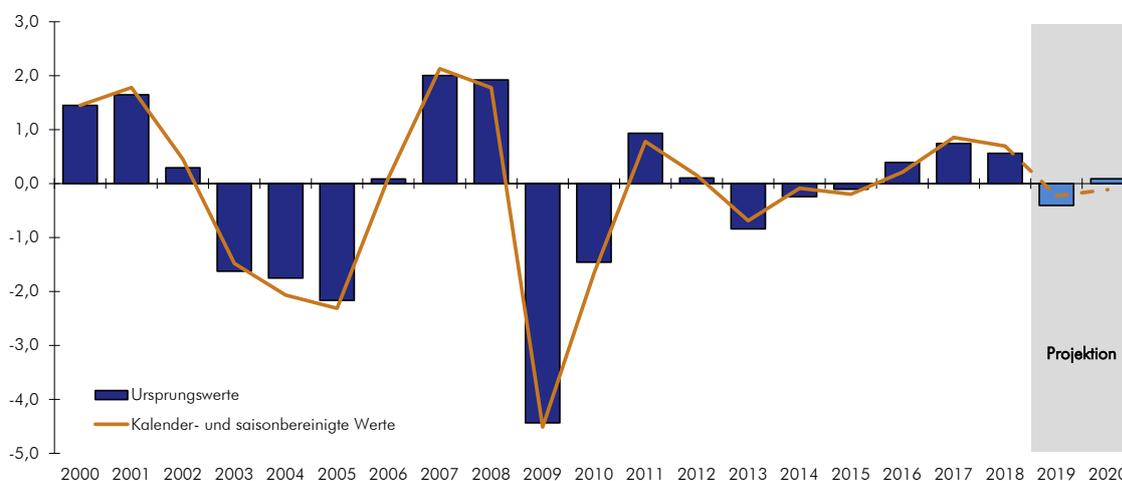
<sup>a</sup> Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – <sup>b</sup> Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen totalen Faktorproduktivität wird im Projektionszeitraum 0,7% betragen. Der Kapitalstock dürfte um durchschnittlich 1,3% pro Jahr ausgeweitet werden.

**Abbildung K2:****Produktionslücke**

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandsproduktes ergibt sich für das Jahr 2019 eine Produktionslücke von -0,4%. Im Folgejahr wird die Lücke auf gut 0% zurückgehen. Wird bei der Berechnung der Produktionslücke die um den Kalendertageeffekt bereinigte Prognose des Bruttoinlandsprodukts zugrunde gelegt, ergibt sich für das Jahr 2019 eine Produktionslücke von -0,2% und für 2020 eine Produktionslücke in Höhe von -0,1%.

Der Finanzierungssaldo des Staates wird, ausgehend von einem gesamtstaatlichen Haushaltsüberschuss von 58 Mrd. Euro im Jahr 2018, im laufenden Jahr deutlich zurückgehen. Dies geht zum einen auf die expansiv ausgerichtete Finanzpolitik, zum anderen auf die spürbare konjunkturelle Abkühlung zurück. So werden die Steuereinnahmen mit einer verlangsamt expandierenden Lohnsumme und rückläufigen Unternehmensgewinnen deutlich schwächer zulegen als in den Jahren zuvor. Bei der Einkommensteuer wirken zudem die

Verschiebung der Tarifeckwerte und die Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags einnahmемindernd. Alles in allem nehmen die gesamtstaatlichen Einnahmen im Jahr 2019 nur noch um 2,6% zu, nach 4,7% im Vorjahr. Die Ausgaben des Staates werden im Jahr 2019 mit 4,4% beschleunigt zulegen. Insbesondere die monetären Sozialleistungen werden mit knapp 6% stärker ausgeweitet als im Rezessionsjahr 2009. Ausschlaggebend hierfür sind insbesondere die Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Mit dem allmählichen Anlaufen investiver Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag dürften sich auch die Vorleistungen und die öffentlichen Investitionen dynamisch entwickeln. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo verringert sich auf 33 Mrd. Euro bzw. 1,0% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2020 wird der Überschuss der öffentlichen Haushalte mit dem Wiederanziehen der Konjunktur in etwa konstant bleiben. Der strukturelle Primärsaldo verringert sich aufgrund der expansiv ausgerichteten Finanzpolitik von 2,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2018 auf 1,6% im Jahr 2020 (vgl. Tabelle 2).

**Tabelle 2****Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates**

in Mrd. Euro

	2017	2018	2019	2020
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	34,0	58,0	33,1	33,0
– Konjunkturkomponente <sup>a</sup>	13,3	10,3	–7,9	1,4
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	20,7	47,7	41,0	31,6
– Einmaleffekte <sup>b</sup>	–9,5	–3,0	–0,0	0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo	30,2	50,7	41,1	31,6
+ Zinsausgaben des Staates	33,8	31,0	28,8	27,4
= Struktureller Primärsaldo	64,0	81,6	69,8	59,1
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	–0,7	17,6	–11,8	–10,8
<i>Nachrichtlich:</i>	<i>In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent</i>			
Struktureller Finanzierungssaldo	0,9	1,5	1,2	0,9
Struktureller Primärsaldo	2,0	2,4	2,0	1,6
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	–0,1	0,5	–0,4	–0,4

<sup>a</sup> Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,55. – <sup>b</sup> Abwicklung der HSH Nordbank, Gerichtsurteile, Bußgeldzahlungen im Zusammenhang mit manipulierten Abgaswerten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

In Ostdeutschland dürfte die Wirtschaft im Jahr 2018 mit 1,4% in etwa so rasch wie in Gesamtdeutschland expandiert haben. Zwar nahmen die ostdeutschen Ausfuhren nur schwach zu. Der Osten hat aber wohl in besonderem Maß von der robusten Binnenkonjunktur profitiert. Das trifft besonders auf die dienstleistungsorientierte Berliner Wirtschaft zu, welche an der ostdeutschen Wirtschaftsleistung einen Anteil von 28% hat. Zudem geht im Osten die Arbeitslosigkeit, wenn auch von einem nach wie vor höheren Niveau, weiterhin schneller zurück als im Westen, und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung expandiert trotz der deutlich schwächeren demographischen Dynamik mit etwas unter 2% nur wenig langsamer. Auch deshalb ist wohl das ifo Geschäftsklima im Einzelhandel im Osten ein Stück weit freundlicher als in Westdeutschland. Im Jahr 2019 dürfte die ostdeutsche Produktion mit 0,7% zwar nur wenig, aber etwas stärker als in Gesamtdeutschland zulegen. Denn der starke Dämpfer aufgrund der schwachen Auslandsnachfrage trifft vor allem exportorientierte westdeutsche Regionen. Wenn nach vorliegender Prognose die deutschen Exporte im Jahr 2020 wieder stärker anziehen, wird davon auch die ostdeutsche Wirtschaft profitieren, die Expansion wird mit 1,7% aber hinter dem gesamtdeutschen Zuwachs von 2% zurückbleiben. Die Arbeitslosenquote nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit dürfte von 6,9% im Jahr 2018 auf 6,4% im Jahr 2019 und 6,3% im Jahr 2020 zurückgehen.

Die vorliegende Prognose ist unter der Annahme hergeleitet, dass sich die im Abschnitt zur internationalen Konjunktur angesprochenen weltwirtschaftlichen Risiken nicht realisieren. Sowohl ein unregelmäßiger Austritt Großbritanniens aus der EU als auch erhebliche Zollerhöhungen vonseiten der USA würden die deutsche Wirtschaft stark schädigen, denn sie ist mit der britischen eng verflochten und zudem wegen der großen Bedeutung der exportorientierten Investitionsgüterindustrien besonders stark von Schwankungen des internationalen Handels betroffen.

Anhang<sup>4</sup>

Tabelle A1

## Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020
Europa	29,3	2,0	1,3	1,7	2,5	2,5	2,3			
EU 27	20,7	2,1	1,3	1,7	1,8	1,5	1,8	6,3	5,9	5,6
Großbritannien	3,7	1,4	1,4	1,5	2,5	2,2	2,1	4,1	4,4	4,6
Schweiz	1,0	2,5	1,2	1,8	0,9	0,6	1,0	4,7	4,8	4,7
Norwegen	0,6	1,7	1,8	1,9	2,8	2,3	2,0	3,9	3,7	3,9
Türkei	1,2	3,8	0,0	3,2	16,3	17,5	9,0			
Russland	2,2	1,6	1,8	1,8	2,9	4,5	4,3			
Amerika	36,3	2,6	2,2	2,0						
USA	27,4	2,9	2,3	1,9	2,4	2,4	2,2	3,9	3,8	3,9
Kanada	2,3	2,6	2,1	1,8	1,8	1,6	2,0	5,8	5,9	5,8
Lateinamerika <sup>1</sup>	6,5	1,4	1,6	2,7						
Asien	34,3	4,9	4,6	4,7						
Japan	6,9	0,7	0,7	0,7	1,0	0,9	1,1	2,4	2,5	2,5
China ohne Hongkong	16,9	6,6	6,2	6,2						
Südkorea	2,2	2,7	2,6	2,6	1,6	1,8	1,8	3,8	4,2	4,0
Indien	3,7	7,3	6,8	7,4						
Ostasien ohne China <sup>2</sup>	4,7	4,1	3,9	4,2						
Insgesamt <sup>3</sup>	100,0	3,2	2,8	2,9						
fortgeschrittene Volkswirtschaften <sup>4</sup>	66,5	2,3	1,8	1,7	2,0	1,9	1,9	4,8	4,6	4,5
Schwellenländer <sup>5</sup>	33,5	5,1	4,7	5,1						
<i>nachrichtlich:</i>										
Exportgewichtet <sup>6</sup>	–	2,7	2,1	2,2						
gewichtet nach Kaufkraftparitäten <sup>7</sup>	–	3,8	3,3	3,5						
Welthandel <sup>8</sup>	–	3,3	2,9	3,5						

<sup>1</sup> Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2017 in US-Dollar.

<sup>2</sup> Gewichteter Durchschnitt aus: Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas). Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2017 in US-Dollar.

<sup>3</sup> Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2017 in US-Dollar.

<sup>4</sup> EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.

<sup>5</sup> Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.

<sup>6</sup> Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2017.

<sup>7</sup> Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2018.

<sup>8</sup> Realer Güterhandel. Wert für 2018 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; Prognose des IWH.

<sup>4</sup> Weitere Tabellen und Abbildungen sind im ergänzenden [Online-Anhang](#) zu finden.

Tabelle A2

## Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt <sup>1</sup>			Verbraucherpreise <sup>2</sup>			Arbeitslosenquote <sup>3</sup>		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020
Deutschland	25,2	1,5	0,5	1,6	1,9	1,5	1,6	3,4	3,1	2,8
Frankreich	17,6	1,5	1,1	1,4	2,1	1,5	1,7	9,1	9,0	8,8
Italien	13,2	0,8	-0,1	0,8	1,3	1,2	1,5	10,6	10,4	10,1
Spanien	8,9	2,5	2,2	1,7	1,7	1,4	1,9	15,3	13,7	13,0
Niederlande	5,7	2,5	1,6	1,6	1,6	2,2	2,0	3,8	3,2	3,0
Belgien	3,4	1,4	1,2	1,3	2,3	1,7	1,8	5,9	5,4	5,3
Österreich	2,8	2,7	1,4	1,8	2,1	1,9	2,0	4,9	4,7	4,6
Irland	2,3	6,3	2,7	3,6	0,7	1,3	1,7	5,7	5,0	4,7
Finnland	1,7	2,2	1,7	1,7	1,2	1,3	1,9	7,4	6,5	6,3
Portugal	1,5	2,1	1,5	1,4	1,2	1,2	2,0	7,1	6,6	6,4
Griechenland	1,4	2,1	1,7	1,6	0,8	0,9	1,2	19,3	17,2	15,7
Slowakei	0,7	4,1	3,6	3,3	2,5	2,3	2,1	6,6	5,3	4,6
Luxemburg	0,4	3,0	2,3	2,7	2,0	1,8	1,7	5,3	4,9	4,8
Slowenien	0,3	4,6	3,2	2,8	1,9	1,6	1,8	5,4	5,0	5,0
Litauen	0,3	3,5	3,0	2,6	2,5	2,4	2,4	6,3	5,9	5,7
Lettland	0,2	5,1	4,4	3,3	2,6	2,9	2,5	7,4	6,7	6,6
Estland	0,2	3,8	3,6	2,5	3,4	3,0	2,5	5,4	4,4	4,3
Zypern	0,1	3,9	3,2	3,1	0,8	1,2	2,0	8,4	7,4	7,3
Malta	0,1	7,0	7,4	5,1	1,7	1,9	2,0	3,8	3,7	3,7
Euroraum insgesamt	86,0	1,8	1,1	1,5	1,8	1,5	1,7	8,2	7,7	7,3
Euroraum ohne Deutschland	60,8	2,0	1,3	1,5	1,7	1,5	1,8	10,0	9,3	8,9
Schweden	3,6	2,4	2,1	2,1	2,1	1,7	1,9	6,3	5,9	5,9
Polen	3,6	5,2	3,7	3,6	1,2	1,5	1,9	3,9	3,5	3,4
Dänemark	2,2	1,2	1,8	1,6	0,7	1,1	1,6	5,0	4,9	4,7
Tschechien	1,5	2,8	2,8	2,5	2,0	1,8	2,3	2,3	2,1	2,0
Rumänien	1,4	4,2	3,8	3,6	4,1	3,0	2,6	4,2	3,7	3,6
Ungarn	0,9	4,9	3,9	3,0	2,9	2,7	2,6	3,7	3,5	3,4
Bulgarien	0,4	3,3	2,9	2,9	2,6	2,6	2,4	5,2	4,8	4,4
Kroatien	0,4	2,9	2,1	2,4	1,6	1,5	1,7	8,5	6,7	5,7
MOE-Länder <sup>4</sup>	9,9	4,3	3,5	3,2	2,2	2,1	2,2	4,4	3,9	3,7
EU 27 <sup>5</sup>	100,0	2,1	1,3	1,7	1,8	1,5	1,8	6,3	5,9	5,6

<sup>1</sup> Die Zuwachsraten sind, außer für die Slowakei, um Arbeitstageeffekte bereinigt.

<sup>2</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

<sup>3</sup> Standardisiert.

<sup>4</sup> Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien.

<sup>5</sup> Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2017 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2017.

Quellen: Eurostat; IWF; Prognose des IWH.

**Tabelle A3****Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate**

in % bzw. Prozentpunkten

	2017	2018	2019	2020
statistischer Überhang <sup>a</sup>	0,5	0,8	0,0	0,6
Jahresverlaufsrate <sup>b</sup>	2,8	0,6	1,1	1,7
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	2,5	1,5	0,6	1,7
Kalendereffekt <sup>c</sup>	-0,3	0,0	0,0	0,4
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich <sup>d</sup>	2,2	1,4	0,5	2,0

<sup>a</sup> Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – <sup>b</sup> Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – <sup>c</sup> In % des realen BIP. –

<sup>d</sup> Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2019 und 2020: Prognose des IWH.

**Tabelle A4**  
**Hauptaggregate der Sektoren**  
**Jahresergebnisse 2018**  
in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 053,2	2 074,5	328,2	650,5	–
2	– Abschreibungen	600,0	343,4	75,4	181,2	–
3	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	2 453,2	1 731,0	252,8	469,3	–229,2
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 745,1	1 251,3	256,3	237,5	15,0
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,1	13,4	0,2	9,5	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	27,4	25,7	0,2	1,5	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	712,4	492,0	–3,5	223,9	–244,2
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 746,0	–	–	1 746,0	14,0
9	– geleistete Subventionen	28,9	–	28,9	–	5,5
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	355,9	–	355,9	–	7,1
11	– geleistete Vermögenseinkommen	704,0	650,7	31,0	22,4	180,4
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	776,9	349,4	18,4	409,1	107,5
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 858,3	190,7	311,0	2 356,6	–301,6
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	435,1	96,3	–	338,8	10,5
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	445,1	–	445,1	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	699,8	–	–	699,8	4,7
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	701,5	128,9	571,7	0,8	3,0
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	587,1	66,0	520,3	0,8	0,5
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	579,9	–	–	579,9	7,7
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	335,0	172,1	83,0	79,9	53,0
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	287,1	149,0	25,2	112,8	100,9
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 814,8	134,3	749,7	1 930,8	–258,1
23	– Konsumausgaben	2 438,9	–	662,2	1 776,7	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–52,8	–	52,8	–
25	= Sparen	375,9	81,5	87,5	206,9	–258,1
26	– geleistete Vermögenstransfers	69,9	18,2	41,2	10,5	3,9
27	+ empfangene Vermögenstransfers	61,2	28,6	13,0	19,6	12,6
28	– Bruttoinvestitionen	717,9	418,7	78,1	221,1	–
29	+ Abschreibungen	600,0	343,4	75,4	181,2	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–1,7	–1,2	–1,4	0,9	1,7
31	= Finanzierungssaldo	251,1	17,8	58,0	175,2	–251,1
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 814,8	134,3	749,7	1 930,8	–258,1
33	– geleistete soziale Sachtransfers	429,5	–	429,5	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	429,5	–	–	429,5	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 814,8	134,3	320,2	2 360,3	–258,1
36	– Konsum <sup>3</sup>	2 438,9	–	232,7	2 206,2	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–52,8	–	52,8	–
38	= Sparen	375,9	81,5	87,5	206,9	–258,1

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

<sup>2</sup> Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

<sup>3</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren  
Jahresergebnisse 2019  
in Mrd. Euro

		gesamte Volks- wirtschaft	Kapital- gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 121,5	2 105,1	342,4	674,0	–
2	– Abschreibungen	623,7	354,8	78,7	190,3	–
3	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	2 497,8	1 750,4	263,7	483,7	–203,1
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 819,5	1 305,5	266,2	247,8	16,4
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,3	13,5	0,2	9,5	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	27,7	26,0	0,2	1,5	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	682,7	457,3	–2,5	227,9	–219,5
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 821,0	–	–	1 821,0	14,9
9	– geleistete Subventionen	29,4	–	29,4	–	5,4
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	366,5	–	366,5	–	7,1
11	– geleistete Vermögenseinkommen	668,7	619,0	28,8	21,0	177,5
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	743,1	337,1	19,0	387,1	103,1
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 915,2	1 75,4	324,8	2 415,0	–277,3
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	442,4	91,2	–	351,2	10,9
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	452,8	–	452,8	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	726,0	–	–	726,0	4,9
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	727,6	133,0	593,8	0,8	3,2
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	618,4	66,5	551,0	0,8	0,5
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	610,9	–	–	610,9	7,9
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	342,8	169,5	91,1	82,2	53,8
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	294,1	156,0	22,5	115,7	102,5
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 871,3	137,2	751,8	1 982,3	–233,4
23	– Konsumausgaben	2 511,2	–	690,7	1 820,4	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–53,6	–	53,6	–
25	= Sparen	360,1	83,5	61,0	215,5	–233,4
26	– geleistete Vermögenstransfers	77,7	30,3	37,4	10,0	4,2
27	+ empfangene Vermögenstransfers	68,1	36,1	11,9	20,1	13,8
28	– Bruttoinvestitionen	750,4	430,2	82,6	237,6	–
29	+ Abschreibungen	623,7	354,8	78,7	190,3	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–2,3	–1,7	–1,4	0,8	2,3
31	= Finanzierungssaldo	226,1	15,6	33,1	177,4	–226,1
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 871,3	137,2	751,8	1 982,3	–233,4
33	– geleistete soziale Sachtransfers	446,5	–	446,5	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	446,5	–	–	446,5	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 871,3	137,2	305,3	2 428,8	–233,4
36	– Konsum <sup>3</sup>	2 511,2	–	244,3	2 266,9	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–53,6	–	53,6	–
38	= Sparen	360,1	83,5	61,0	215,5	–233,4

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

<sup>2</sup> Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

<sup>3</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2019 und 2020: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren  
Jahresergebnisse 2020  
in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 249,8	2 188,5	356,6	704,7	–
2	– Abschreibungen	648,4	366,4	82,1	199,8	–
3	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	2 601,5	1 822,1	274,5	504,9	–208,9
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 893,1	1 359,2	275,9	258,0	17,4
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,4	13,6	0,2	9,6	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	27,9	26,1	0,2	1,6	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	712,8	475,4	–1,4	238,8	–226,3
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 894,6	–	–	1 894,6	15,9
9	– geleistete Subventionen	29,6	–	29,6	–	5,4
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	377,4	–	377,4	–	7,2
11	– geleistete Vermögenseinkommen	685,0	637,6	27,4	20,0	177,9
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	762,5	354,8	19,1	388,6	100,4
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 032,6	192,6	338,0	2 502,1	–286,1
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	460,9	95,1	–	365,8	11,4
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	471,9	–	471,9	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	754,0	–	–	754,0	5,1
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	755,9	137,4	617,6	0,8	3,2
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	641,1	66,9	573,3	0,8	0,5
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	633,6	–	–	633,6	7,9
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	354,9	175,8	95,4	83,7	54,6
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	305,4	164,0	22,9	118,5	104,1
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 988,5	156,2	781,7	2 050,7	–242,0
23	– Konsumausgaben	2 602,7	–	718,8	1 883,9	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–54,1	–	54,1	–
25	= Sparen	385,8	102,0	62,9	220,9	–242,0
26	– geleistete Vermögenstransfers	81,9	33,7	38,5	9,8	4,6
27	+ empfangene Vermögenstransfers	71,8	39,2	11,8	20,9	14,7
28	– Bruttoinvestitionen	792,2	450,5	86,8	254,9	–
29	+ Abschreibungen	648,4	366,4	82,1	199,8	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–2,3	–1,6	–1,4	0,7	2,3
31	= Finanzierungssaldo	234,2	25,0	33,0	176,2	–234,2
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 988,5	156,2	781,7	2 050,7	–242,0
33	– geleistete soziale Sachtransfers	462,7	–	462,7	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	462,7	–	–	462,7	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 988,5	156,2	319,1	2 513,3	–242,0
36	– Konsum <sup>3</sup>	2 602,7	–	256,1	2 346,6	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–54,1	3,0	51,1	–
38	= Sparen	385,8	102,0	62,9	220,9	–242,0

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

<sup>2</sup> Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

<sup>3</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2019 und 2020: Prognose des IWH.

## Tabelle A5

## VGR-Tabellen

## Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2019 und 2020

	2018	2019	2020	2019		2020	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
<b>1. Entstehung des Inlandsprodukts</b>							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	1,3	0,9	0,8	1,0	0,9	0,8	0,8
Arbeitsvolumen	1,4	0,9	0,9	0,9	0,9	0,7	1,0
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	0,2	0,0	0,1	-0,1	0,1	-0,1	0,2
Produktivität <sup>1</sup>	0,0	-0,4	1,2	-0,9	0,1	1,1	1,3
<b>Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt</b>	1,4	0,5	2,0	0,0	1,1	1,8	2,3
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	2 438,9	2 511,2	2 602,7	1 224,5	1 286,6	1 269,3	1 333,4
private Haushalte <sup>2</sup>	1 776,7	1 820,4	1 883,9	889,7	930,7	920,4	963,5
Staat	662,2	690,7	718,8	334,8	355,9	348,9	369,9
Anlageinvestitionen	703,3	739,2	780,2	355,3	383,9	373,3	406,9
Ausrüstungen	225,7	232,2	242,1	110,5	121,8	114,2	127,8
Bauten	350,5	376,1	403,2	180,9	195,1	193,3	209,9
sonstige Anlageinvestitionen	127,1	130,9	134,9	63,9	67,1	65,8	69,2
Vorratsveränderung <sup>3</sup>	14,6	11,2	12,0	13,7	-2,5	13,5	-1,5
inländische Verwendung	3 156,8	3 261,6	3 394,9	1 593,5	1 668,1	1 656,1	1 738,8
Außenbeitrag	229,2	203,1	208,9	105,8	97,3	107,2	101,7
Exporte	1 590,2	1 644,2	1 734,7	809,8	834,4	849,5	885,2
Importe	1 360,9	1 441,0	1 525,8	704,0	737,0	742,3	783,5
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	3 386,0	3 464,7	3 603,8	1 699,3	1 765,4	1 763,3	1 840,5
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	2,9	3,0	3,6	2,6	3,3	3,7	3,6
private Haushalte <sup>2</sup>	2,6	2,5	3,5	1,9	3,0	3,5	3,5
Staat	3,6	4,3	4,1	4,4	4,2	4,2	3,9
Anlageinvestitionen	5,6	5,1	5,5	5,1	5,1	5,1	6,0
Ausrüstungen	4,9	2,9	4,2	2,3	3,4	3,4	5,0
Bauten	7,3	7,3	7,2	7,7	6,9	6,8	7,6
sonstige Anlageinvestitionen	2,6	3,0	3,1	3,1	2,9	3,0	3,2
Inländische Verwendung	4,2	3,3	4,1	3,4	3,2	3,9	4,2
Exporte	3,1	3,4	5,5	2,3	4,5	4,9	6,1
Importe	5,2	5,9	5,9	6,6	5,2	5,4	6,3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	3,3	2,3	4,0	1,6	3,0	3,8	4,3
<i>nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>							
Außenbeitrag	6,8	5,9	5,8	6,2	5,5	6,1	5,5
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	2 179,3	2 208,3	2 251,9	1 084,5	1 123,8	1 106,1	1 145,8
private Haushalte <sup>2</sup>	1 610,1	1 627,1	1 659,9	797,9	829,2	814,0	845,8
Staat	568,7	580,4	591,3	286,1	294,3	291,6	299,7
Anlageinvestitionen	608,3	621,6	639,3	299,9	321,7	307,4	331,9
Ausrüstungen	216,4	220,5	228,0	104,6	115,9	107,4	120,6
Bauten	280,7	288,0	296,4	139,8	148,2	143,5	152,9
sonstige Anlageinvestitionen	112,1	113,8	115,8	55,6	58,2	56,5	59,2
inländische Verwendung	2 785,2	2 828,3	2 890,7	1 395,2	1 433,1	1 424,2	1 466,6
Exporte	1 486,9	1 516,3	1 580,4	749,1	767,1	776,2	804,2
Importe	1 299,8	1 359,4	1 426,4	662,5	696,9	692,6	733,8
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	2 974,2	2 990,0	3 050,8	1 483,5	1 506,5	1 510,1	1 540,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	1,0	1,3	2,0	0,9	1,8	2,0	2,0
private Haushalte <sup>2</sup>	1,0	1,1	2,0	0,4	1,7	2,0	2,0
Staat	1,0	2,0	1,9	2,0	2,1	1,9	1,8
Anlageinvestitionen	2,6	2,2	2,8	1,9	2,4	2,5	3,2
Ausrüstungen	4,2	1,9	3,4	1,1	2,7	2,7	4,0
Bauten	2,4	2,6	2,9	2,6	2,6	2,7	3,2
sonstige Anlageinvestitionen	0,4	1,5	1,7	1,4	1,6	1,6	1,8
Inländische Verwendung	1,9	1,5	2,2	1,5	1,6	2,1	2,3
Exporte	2,0	2,0	4,2	0,6	3,3	3,6	4,8
Importe	3,3	4,6	4,9	4,3	4,8	4,5	5,3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	1,4	0,5	2,0	0,0	1,1	1,8	2,3

## noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2018 und 2019

	2018	2019	2020	2019		2020	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

**4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)**

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

private Konsumausgaben <sup>2</sup>	1,6	1,4	1,5	1,4	1,3	1,4	1,5
Konsumausgaben des Staates	2,6	2,2	2,1	2,4	2,1	2,2	2,0
Anlageinvestitionen	3,0	2,9	2,6	3,1	2,6	2,5	2,7
Ausrüstungen	0,6	1,0	0,8	1,2	0,7	0,7	0,9
Bauten	4,8	4,6	4,2	4,9	4,2	4,0	4,3
Exporte	1,1	1,4	1,2	1,6	1,2	1,2	1,2
Importe	1,8	1,2	0,9	2,2	0,4	0,9	0,9
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,9</b>	<b>1,8</b>	<b>1,9</b>	<b>1,7</b>	<b>1,9</b>	<b>1,9</b>	<b>1,9</b>

**5. Einkommensentstehung und -verteilung**

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	2 356,6	2 415,1	2 502,2	1 190,1	1 225,0	1 232,0	1 270,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	313,5	330,9	344,3	160,0	170,9	166,3	178,0
Bruttolöhne und -gehälter	1 432,5	1 490,1	1 550,3	710,4	779,7	738,5	811,8
übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	610,5	594,0	607,5	319,7	274,3	327,0	280,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	501,8	500,2	530,6	226,5	273,7	237,4	293,2
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>2 858,3</b>	<b>2 915,2</b>	<b>3 032,6</b>	<b>1 416,5</b>	<b>1 498,7</b>	<b>1 469,3</b>	<b>1 563,4</b>
Abschreibungen	600,0	623,7	648,4	308,5	315,2	320,7	327,7
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>3 458,4</b>	<b>3 538,9</b>	<b>3 681,0</b>	<b>1 725,1</b>	<b>1 813,9</b>	<b>1 790,0</b>	<b>1 891,0</b>
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 531,3	2 578,1	2 684,9	1 249,2	1 328,9	1 297,7	1 387,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	785,3	757,1	790,3	378,8	378,3	392,8	397,5
Arbeitnehmerentgelt	1 746,0	1 821,0	1 894,6	870,4	950,7	904,9	989,7

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	3,8	2,5	3,6	2,1	2,9	3,5	3,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,8	5,5	4,0	5,5	5,6	4,0	4,1
Bruttolöhne und -gehälter	4,8	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,1
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,2	2,8	3,1	2,7	2,9	3,0	3,1
übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	1,6	-2,7	2,3	-3,6	-1,7	2,3	2,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-0,3	-0,3	6,1	-3,3	2,3	4,8	7,1
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>3,1</b>	<b>2,0</b>	<b>4,0</b>	<b>1,2</b>	<b>2,8</b>	<b>3,7</b>	<b>4,3</b>
Abschreibungen	4,7	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>3,3</b>	<b>2,3</b>	<b>4,0</b>	<b>1,6</b>	<b>3,0</b>	<b>3,8</b>	<b>4,3</b>
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	3,1	1,8	4,1	1,0	2,7	3,9	4,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-0,3	-3,6	4,4	-5,9	-1,2	3,7	5,1
Arbeitnehmerentgelt	4,6	4,3	4,0	4,3	4,3	4,0	4,1

**6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte<sup>2</sup>**

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 400,9	1 467,8	1 524,6	705,3	762,4	732,0	792,6
Nettolöhne und -gehälter	945,2	987,7	1 026,7	466,1	521,6	484,0	542,7
monetäre Sozialleistungen	579,9	610,9	633,6	304,1	306,9	315,2	318,5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	124,2	130,8	135,7	64,8	66,0	67,2	68,5
übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	610,5	594,0	607,5	319,7	274,3	327,0	280,4
sonstige Transfers (Saldo) <sup>5</sup>	-80,7	-79,5	-81,5	-40,0	-39,5	-40,5	-41,0
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>1 930,8</b>	<b>1 982,3</b>	<b>2 050,7</b>	<b>985,0</b>	<b>997,3</b>	<b>1 018,6</b>	<b>1 032,1</b>
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	52,8	53,6	54,1	26,5	27,1	26,7	27,4
Konsumausgaben	1 776,7	1 820,4	1 883,9	889,7	930,7	920,4	963,5
Sparen	206,9	215,5	220,9	121,8	93,7	124,9	96,0
Sparquote (%) <sup>6</sup>	10,4	10,6	10,5	12,0	9,1	12,0	9,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,9	4,8	3,9	4,7	4,8	3,8	4,0
Nettolöhne und -gehälter	4,7	4,5	3,9	4,5	4,5	3,9	4,0
monetäre Sozialleistungen	2,6	5,4	3,7	5,1	5,6	3,7	3,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,1	5,4	3,7	5,1	5,6	3,7	3,8
übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	1,6	-2,7	2,3	-3,6	-1,7	2,3	2,2
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>3,3</b>	<b>2,7</b>	<b>3,4</b>	<b>2,3</b>	<b>3,1</b>	<b>3,4</b>	<b>3,5</b>
Konsumausgaben	2,6	2,5	3,5	1,9	3,0	3,5	3,5
Sparen	9,0	4,2	2,5	5,1	2,9	2,6	2,4

## noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2019 und 2020

	2018	2019	2020	2019		2020	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

**7. Einnahmen und Ausgaben des Staates<sup>7</sup>**

a) Mrd. EUR

<b>Einnahmen</b>							
Steuern	801,0	819,3	849,2	412,4	406,9	425,7	423,5
Nettosozialbeiträge	571,7	593,8	617,6	287,3	306,5	298,6	319,0
Vermögenseinkommen	18,4	19,0	19,1	11,9	7,1	12,0	7,1
sonstige Transfers	25,2	22,5	22,9	10,4	12,1	10,6	12,3
Vermögenstransfers	13,0	11,9	11,8	5,3	6,5	5,3	6,6
Verkäufe	114,0	117,2	120,2	55,6	61,7	57,0	63,3
sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
<b>insgesamt</b>	<b>1 543,6</b>	<b>1 583,9</b>	<b>1 641,1</b>	<b>783,0</b>	<b>800,9</b>	<b>809,3</b>	<b>831,9</b>
<b>Ausgaben</b>							
Vorleistungen <sup>8</sup>	448,1	465,8	482,6	224,8	241,0	233,3	249,3
Arbeitnehmerentgelt	256,3	266,2	275,9	127,9	138,4	132,5	143,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	31,0	28,8	27,4	14,9	13,9	14,1	13,3
Subventionen	28,9	29,4	29,6	14,0	15,4	14,1	15,5
monetäre Sozialleistungen	520,3	551,0	573,3	274,2	276,8	285,2	288,2
sonstige laufende Transfers	83,0	91,1	95,4	44,6	46,5	46,8	48,6
Vermögenstransfers	41,2	37,4	38,5	14,1	23,2	14,6	23,9
Bruttoinvestitionen	78,1	82,6	86,8	35,8	46,8	37,6	49,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,4	-1,4	-1,4	-0,6	-0,9	-0,6	-0,9
<b>insgesamt</b>	<b>1 485,5</b>	<b>1 550,8</b>	<b>1 608,1</b>	<b>749,8</b>	<b>801,0</b>	<b>777,7</b>	<b>830,4</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>58,0</b>	<b>33,1</b>	<b>33,0</b>	<b>33,2</b>	<b>-0,1</b>	<b>31,6</b>	<b>1,4</b>

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

<b>Einnahmen</b>							
Steuern	4,5	2,3	3,7	2,0	2,6	3,2	4,1
Nettosozialbeiträge	4,2	3,9	4,0	3,8	3,9	3,9	4,1
Vermögenseinkommen	16,1	3,1	0,4	4,2	1,3	0,8	-0,3
sonstige Transfers	15,7	-10,9	2,0	-10,5	-11,2	2,1	1,8
Vermögenstransfers	27,6	-8,5	-0,7	-3,0	-12,6	-1,7	0,1
Verkäufe	2,9	2,8	2,6	2,8	2,8	2,5	2,6
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
<b>insgesamt</b>	<b>4,7</b>	<b>2,6</b>	<b>3,6</b>	<b>2,5</b>	<b>2,7</b>	<b>3,4</b>	<b>3,9</b>
<b>Ausgaben</b>							
Vorleistungen <sup>8</sup>	3,1	3,9	3,6	4,1	3,8	3,8	3,4
Arbeitnehmerentgelt	3,9	3,9	3,6	3,9	3,9	3,6	3,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-8,5	-7,1	-4,6	-6,2	-8,1	-5,0	-4,3
Subventionen	1,9	1,7	0,7	1,8	1,6	0,8	0,7
monetäre Sozialleistungen	2,8	5,9	4,1	5,6	6,2	4,0	4,1
sonstige laufende Transfers	10,3	9,8	4,7	9,9	9,6	4,9	4,5
Vermögenstransfers	-6,1	-9,4	3,0	6,9	-17,1	3,3	2,8
Bruttoinvestitionen	7,9	5,7	5,1	5,5	5,9	5,0	5,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
<b>insgesamt</b>	<b>3,2</b>	<b>4,4</b>	<b>3,7</b>	<b>4,8</b>	<b>4,0</b>	<b>3,7</b>	<b>3,7</b>
<i>nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>							
Finanzierungssaldo des Staates	1,7	1,0	0,9	2,0	0,0	1,8	0,1

<sup>1</sup> Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.<sup>2</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.<sup>3</sup> Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.<sup>4</sup> Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.<sup>5</sup> Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.<sup>6</sup> Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).<sup>7</sup> Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.<sup>8</sup> Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2019: Prognose des IWH.



## Impressum

### Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.  
Professor Dr. Oliver Holtemöller  
Professor Michael Koetter, Ph.D.  
Professor Dr. Steffen Müller

### Redaktion:

Stefanie Müller, M. A.  
Layout und Satz: Franziska Exß  
Tel +49 345 7753 720  
Fax +49 345 7753 718  
E-Mail: [Stefanie.Mueller@iwh-halle.de](mailto:Stefanie.Mueller@iwh-halle.de)

### Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle  
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)  
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820  
[www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,  
Beleg erbeten.

Titelbild: © Yannick Pulver, [www.unsplash.com](http://www.unsplash.com)  
Konjunktur aktuell, 7. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 7. März 2019  
ISSN 2195-8319